

Mag. Lucia Kühschelm
Forstschulgasse 13
2540 Bad Vöslau

Bad Vöslau, am 16.9.2013

An die
Parlamentsdirektion
via Email
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Betreff: Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

Sehr geehrter Damen und Herren,

als AHS-Lehrerin für die Fächer Deutsch, Mathematik und Informatik sowie Schulbibliothekarin erlaube ich mir, zum vorliegenden Begutachtungsentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Im Vorblatt zur Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) werden u.a. folgende Ziele des neuen Dienstrechts genannt:

-) Steigerung der Attraktivität des Lehrberufes für Neueinsteigerinnen

Dies ist nicht der Fall. Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung auf einheitlich 24 Wochenstunden wirkt vielmehr insbesondere in den Korrekturfächern, die bereits unter Lehrermangel leiden, abschreckend und stellt eine unzumutbare Belastung dar (24 Wochenstunden etwa im Fach D entsprechen nach derzeitigem Dienstrecht einer Lehrverpflichtung von 28 WE, wobei 20 WE eine Vollbeschäftigung darstellen). Die Attraktivität wird auch nicht durch die vorgesehenen Fächerzulagen erhöht, da Studien zeigen, dass eine ausgeglichene Work-Life-Balance für junge Menschen einen wichtigeren Aspekt bei ihrer Berufswahl darstellt als geringfügige Gehaltsunterschiede. Zudem verdienen nach dem vorliegenden Entwurf Lehrer an AHS und BHS von Anfang an weniger als bisher. Bewerber, die den vorliegenden Entwurf tatsächlich als attraktiver als das derzeitige Dienstrecht empfinden, müsste man wohl aufgrund mangelnder Intelligenz als ungeeignet für den Lehrberuf einstufen.

-) Vereinheitlichung der unterschiedlichen Unterrichtsverpflichtungen

Dieser Ansatz ist grundsätzlich abzulehnen. Ziel eines qualitativ hochwertigen Lehrerdienstrechts kann nicht eine Vereinheitlichung anhand von Unterrichtsstunden ohne Berücksichtigung sonstiger Belastungen sein, sondern vielmehr eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitsbelastung zwischen Lehrern unterschiedlicher Fächer unter Berücksichtigung weiterer Tätigkeiten, wie es derzeit (wenn auch unzureichend) durch die unterschiedlichen Lehrverpflichtungsgruppen und Einrechnungen von Tätigkeiten etwa als Schulbibliothekar in die Lehrverpflichtung geschieht. Die Abschaffung von Zulagen für besondere Tätigkeiten (Klassenvorstand, Kustodiat, ...) stellt eine weitere leistungsfeindliche Maßnahme dar, die groteskerweise diejenigen bevorzugt, die sich erfolgreich vor der Übernahme zusätzlicher Arbeit drücken.

-) Fokussierung der Verwendung auf pädagogische Kernaufgaben

Dies ist nicht der Fall. Der vorliegende Entwurf enthält keinerlei Maßnahmen, um Lehrer von nicht-pädagogischen Tätigkeiten zu entlasten. Eine Erhöhung der Lehrverpflichtung bei gleichbleibender Arbeit im administrativen Bereich und weiterhin fehlendem Unterstützungspersonal stellt eine zusätzliche Belastung dar, die zur Qualitätsminderung im gesamten Schulsystem schon alleine dadurch führt, dass ein Lehrer mehr Schüler als bisher

betreuen muss und daher für die individuelle Betreuung des einzelnen Schülers weniger Zeit bleibt.

-) Berücksichtigung der neuen Ausbildungsarchitektur im Dienstrecht

Die neue Lehrerausbildung wird insbesondere in Form einer Qualitätsverschlechterung berücksichtigt, wenn in Folge des neuen Dienstrechts als Einstellungsvoraussetzung an AHS statt wie bisher ein Magisterabschluss ein Bachelor ausreichend ist. Zusätzlich lässt es der Entwurf zu, dass Lehrer unabhängig von ihrer Ausbildung in jeder Schulart und jedem Fach eingesetzt werden können. Das Ignorieren der Notwendigkeit von fachlicher Kompetenz als wichtiges Element qualitativ hochwertigen Unterrichts zeigt, dass das Hauptaugenmerk des Entwurfs auf Einsparungen und nicht auf Erhöhung der Qualität des Schulsystems liegt. Zudem wird das Gehalt der schon bisher masterwertig ausgebildeten AHS/BHS-Lehrer in Relation zur Unterrichtsverpflichtung gesenkt und das Gehalt der Pflichtschullehrer, die in Zukunft ebenfalls eine masterwertige Ausbildung absolvieren müssen, nicht auf ein entsprechendes Niveau angehoben.

Interessanterweise ist die öffentlich verkündete "Steigerung der Qualität des österreichischen Schulwesens" durch das neue Lehrerdienstrecht keines der in der WFA angeführten Ziele. Dies wäre auch schwerlich zu begründen gewesen, da eine Umsetzung des vorliegenden Dienstrechtsentwurfs in zahlreichen Punkten die Qualität des österreichischen Schulwesens massiv verschlechtern würde, unter anderem in den im Folgenden genannten, wobei die Aufzählung nicht einmal ansatzweise Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

-) Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung auf einheitlich 24 Wochenstunden bei gleichzeitiger Streichung der Lehrverpflichtungsgruppen

Wie oben bereits angemerkt, entspricht eine Lehrverpflichtung von 24 Wochenstunden in Fächern der Lehrverpflichtungsgruppe I derzeit einer Lehrverpflichtung im Ausmaß von 28 WE (bei der möglichen Erhöhung um weitere drei Unterrichtsstunden sogar von 31,5 WE). Eine derartige Unterrichtsverpflichtung führt auf Dauer entweder zu massiver Überlastung oder – um diese zu verhindern – zu massiven Abstrichen in der Unterrichtsqualität. Im Übrigen entsprechen die 24 Wochenstunden sogar in der LVG III noch einer Lehrverpflichtung von mehr als den derzeit im Rahmen von Mehrdienstleistungen zulässigen 25 WE.

Dem Dienstgeber muss wohl bewusst sein, dass Korrekturfächer eine höhere Belastung darstellen als andere Gegenstände, weshalb er Zulagen für entsprechende Fächer vorgesehen hat. Da diese aber keinen pensionswirksamen Gehaltsbestandteil darstellen, werden mit der vorgesehenen Regelung Lehrer in Korrekturfächern in pensionsrechtlich ungünstigere Teilzeitbeschäftigungen gedrängt (auf die sie zusätzlich keinen Rechtsanspruch haben), wenn sie eine erträgliche Arbeitsbelastung haben wollen.

Bei einem Arbeitsausmaß, das real nicht bewältigbar ist, kann eine Zulage keinen Ausgleich darstellen. Der Dienstgeber nimmt mit der Aufhebung der Lehrverpflichtungsgruppen entweder in Kauf, dass Lehrer mit Korrekturfächern durch Überlastung gesundheitlichen Schaden nehmen – dann verletzt er seine Fürsorgepflicht als Dienstgeber – oder er geht davon aus, dass die Lehrer ihre Korrekturen deutlich einschränken werden – dann belügt er die Bevölkerung und verschlechtert bewusst das Schulsystem.

Keinesfalls bringt die Erhöhung auf 24 Wochenstunden die öffentlich behauptete Qualitätsverbesserung für den einzelnen Schüler.

-) Abschaffung des Unterrichtspraktikums und Einführung einer sogenannten "Induktionsphase"

Der Wert des derzeitigen Unterrichtspraktikums besteht darin, dass die Unterrichtspraktikanten in beiden ihrer Fächer jeweils eine Klasse vollständig unter ständiger Aufsicht und Betreuung durch den Betreuungslehrer führen. Durch die geringe Unterrichtsverpflichtung bleibt ausreichend Zeit, die eigene Lehrtätigkeit und Lehrerpersönlichkeit zu reflektieren und zu entwickeln. Da der

Unterrichtspraktikant jeweils eine Klasse seiner Betreuungslehrer übernimmt, sind diese in der Lage, ausreichend Zeit aufzuwenden, um den Unterrichtspraktikanten zu unterstützen, indem Unterrichtsstunden geplant, analysiert und reflektiert werden. Durch die Übernahme zweier Klassen für das gesamte Schuljahr erlebt der Unterrichtspraktikant auch eine Einführung in den Schulalltag außerhalb des direkten Unterrichts, also in das Beurteilen, Elterngespräche, organisatorische Aufgaben, Konferenzen u.dgl. mehr. Dies kann eine verstärkte Praxis im Rahmen der Ausbildung, auch wenn diese zu begrüßen ist, niemals vermitteln. Es ist etwas völlig anderes, ob man eine Klasse ein ganzes Jahr hindurch unterrichtet oder sie im Rahmen einer Praxisphase für einige Wochen übernimmt.

Die im Dienstrechtsentwurf vorgesehene Induktionsphase ist eine reine Farce. Der Induktionslehrer befindet sich nicht mehr in Ausbildung, sondern muss ein volles Dienstverhältnis erfüllen. Er muss nicht in beiden Fächern eingesetzt werden, erhält also unter Umständen in einem seiner Fächer keine Rückmeldungen zu seiner Unterrichtstätigkeit mehr. Der Mentor ist kein Fachkollege mehr, soll aber trotzdem die Unterrichtsführung des Induktionslehrers beurteilen. Er soll den Unterricht des Induktionslehrers beobachten und mit ihm reflektieren sowie ein Entwicklungsprofil des Induktionslehrers erstellen. Gleichzeitig soll der Induktionslehrer bei anderen Kollegen hospitieren und Ausbildungsveranstaltungen im Rahmen der Induktionsphase besuchen. Wie das rein organisatorisch funktionieren soll, wenn man bedenkt, dass der Induktionslehrer 24 Stunden und der Mentor 23 Stunden Unterricht zu halten hat (und bis zu drei Induktionslehrer betreuen muss), weiß wohl niemand.

-) Abschaffung der Einrechnung für Schulbibliothekare

Der vorliegende Dienstrechtsentwurf enthält nur die vage Aussage, dass entsprechende Regelungen durch Verordnung oder im Einzelfall getroffen werden können. Damit hängen Schulbibliotheken völlig in der Luft.

Dazu ist zu sagen, dass den Schulbibliotheken im Rahmen der Leseförderung und der Vorwissenschaftlichen Arbeit im Zuge der neuen Reifeprüfung eine zentrale Rolle im Schulalltag zukommt. Eine Auslagerung an Verwaltungspersonal ohne pädagogische Ausbildung würde dieser Aufgabe nicht gerecht. Eine qualitativ hochwertige Betreuung der Schulbibliotheken kann sicher auch nicht durch einen Lehrer mit voller Unterrichtsverpflichtung "nebenher" erfolgen. Die Arbeit in der Schulbibliothek stellt pädagogische Arbeit mit und für Schüler dar, die daher auch als Unterricht einzurechnen ist. Lippenbekenntnisse zur Wichtigkeit des Lesens bei gleichzeitiger de facto Abschaffung der Schulbibliotheken werden die Leseleistungen unserer Schüler im internationalen Vergleich nicht verbessern.

Mit freundlichen Grüßen
Mag. Lucia Kühschelm